Die „Volkswacht“ erscheint täglich Nachmittag außer Sonntag und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 5/6, durch die Post und durch Colporteure zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 2.50, pro Woche 20 Pf. Postzeitungsliste Nr. 7745.

Telephon Nr. 451.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werkthätige Bevölkerung.

Mit der illustrirten Beilage „Die neue Welt“.

Insertionsgebühr beträgt für die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 20 Pfennige, für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 10 Pfennige. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 10 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Nr. 451.

Nr. 10. Donnerstag, den 12. Januar 1899. 10 Jahrgang.

Politische Uebersicht.

Der Rückgang der Arbeiter-Kolonien.

Man erinnert sich, schreibt das „Hamb. Echo“, mit welchen schmetternden Fanfaren seiner Zeit von der gesammten wohlgesinnten Presse die Errichtung von sogenannten Arbeiterkolonien im Deutschen Reiche begrüßt worden ist. Da war endlich das Mittel gefunden, um die „Landplage“, die „Vagabundage“, zu beseitigen, wie die herrschenden Klassen die Wirkungen der Arbeitslosigkeit und des Anwachsens der „industriellen Reservearmee“ zu bezeichnen belieben. Einen strengen Unterschied zwischen den an Zahl so [illegible] wirklichen Landstreichern und den arbeitswilligen Arbeitslosen zu machen, dazu reicht ihr geringes Quantum von Zartgefühl gegenüber den „Ueberzähligen“, für welche „der Tisch nicht gedeckt“ ist, nicht aus. Mit den Arbeiterkolonien hoffte man sich diese „lästige Erscheinung“ ein für alle Mal vom Halse zu schaffen und man dachte sich die Entwickelung der Sache so, daß Deutschland mit einem umfassenden Netze von Arbeiterkolonien zu bedecken sei, in denen alle „Vagabunden“ untergebracht werden könnten. Welch eine großartige Idee! Die Anstalten wurden alle unter „christliche“ Leitung gestellt und die geistlichen Elemente bewirkten denn auch, daß die Arbeiterkolonien als eine Art Pönitenz- oder Bußanstalten erscheinen mußten. Es ist dies eine Auffassung, der man in der bürgerlichen Gesellschaft immer wieder begegnet, gleich viel unter welchen äußeren Formen wir leben; bei uns beschimpft man den Arbeitslosen gar leicht mit dem Worte „Vagabund“, in den Vereinigten Staaten von Nordamerika mit dem Worte „Tramp“. Die Arbeitslosigkeit wird als ein Makel betrachtet; der mit ihr Behaftete wird als ein Mensch vierter oder fünfter Klasse behandelt. Und doch ist die Arbeitslosigkeit nur eine Wirkung der kapitalistischen Produktionsform; sie hängt zusammen mit der Konzentration der Betriebe, mit der Entwickelung der Technik, mit der zeitweiligen Ueberproduktion und hundert anderen Dingen. Eine Gesellschaft, in der soziale Gerechtigkeit herrscht, ist verpflichtet, die Existenz ihrer Glieder durch Arbeit zu verbürgen. Allein dies ist, wie die verschiedenen mißglückten Versuche beweisen, in der bürgerlichen Gesellschaft aus tausend Gründen nicht durchführbar. Der Arbeitslose verfällt nicht nur leicht einer gesellschaftlichen Aechtung; wenn er auch nur im Verdacht steht, das Mitleid seiner Mitmenschen in Anspruch zu nehmen, verfällt er leicht einer Reihe von polizeilichen Maßnahmen und es wird ihm schwer, sich wieder emporzuraffen.

Die Arbeiterkolonien wurden auf der Grundlage des Vorurtheils gegen die Arbeitslosen errichtet. „Schwere Arbeit und schmale Kost“ — das wurde von den Befürwortern der neuen Einrichtung ganz offen als Prinzip für dieselbe proklamirt. Wenn man fragte, warum, so wurde darauf geantwortet, daß erstens man die Kolonien nicht verlockend ausstatten dürfe, weil ihnen sonst zu viele Leute zuströmen würden. Damit war die Schwäche des Ganzen schon verrathen. Zweitens aber sollten die Arbeiterkolonien mit ihrer Strenge die Insassen zu „ordentlichen Menschen“ erziehen — als ob man behaupten könnte, daß ein Mensch, der ohne seine Schuld arbeitslos geworden, darum mit einem Male nicht mehr „ordentlich“ wäre! Die Hausordnungen waren von einer unbegreiflichen Strenge und die Kritik derselben hat bekanntlich zu mehrfachen Preßprozessen geführt, welche die Anziehungskraft der Arbeiterkolonien nicht vermehrt haben. Die herrschenden Klassen dagegen schienen bei all dieser christlichen Strenge ganz begeistert von der neuen Einrichtung; sie steuerten Anfangs auch einigermaßen Geld für die Errichtung von Arbeiterkolonieen. Wir können uns nicht der Ueberzeugung erwehren, daß verschiedene spekulative Leute dabei einen Hintergedanken hatten. Waren die Arbeiterkolonieen erst über ganz Deutschland verbreitet und war die industrielle Reservearmee darin zum größten Theil untergebracht, dann konnten Krautjunker und Schlotjunker sich aus diesen Anstalten Arbeitskräfte entnehmen, die weit billiger waren als Sträflinge oder chinesische Kulis. Die ostelbischen Großgrundbesitzer, deren Arbeiter in Masse vor den elenden Zuständen der Heimath entfliehen, konnten dann leicht dem Arbeitermangel abhelfen, und die Industriellen konnten aus den Arbeiterkolonieen Streikbrecher in Masse beziehen, sobald sie solcher bedurften. Brachte man dann gelegentlich auch noch ein Gesetz fertig, wonach die Arbeitslosen durch behördlichen Zwang massenweise in die Kolonieen gebracht werden konnten, dann war das Ideal erreicht und eine unerhörte Verbilligung der Arbeitskräfte durchgesetzt, die auf die gesammten Lohnverhältnisse zurückwirken mußte.

Aber es kam nicht so und die Arbeiterkolonieen sind im entschiedensten Rückgang begriffen. Sie haben die Erwartungen, die man an sie geknüpft, in keiner Weise erfüllt.

Der Militärstaat hat kein Geld, um eine solche Organisation in großem Maßstabe zu errichten. Die Beiträge der herrschenden Klassen ließen bald nach, denn Junker und Bourgeois wollen nur einstreichen und nicht zahlen. Die Arbeitslosen besetzten zwar Anfangs zahlreich die Kolonieen, und diese mußten in ihren Berichten übereinstimmend zugestehen, daß unter den sogenannten Vagabunden der Prozentsatz der wirklich arbeitsscheuen Leute ein ganz verschwindend geringer ist und fast Alle recht gern arbeiten wollen, wenn sie nur Arbeit bekommen. Aber die strengen Hausordnungen in den Arbeiterkolonieen, die Art der Beschäftigung und Beköstigung wirkten abschreckend auf die Arbeitslosen, und sie zogen es vor, sich lieber allerlei Polizeischikanen auszusetzen oder sonstige Widerwärtigkeiten über sich ergehen zu lassen, statt sich der christlichen Zucht in den Arbeiterkolonieen zu unterwerfen.

Seit 1882 sind in Deutschland im Ganzen 29 Arbeiterkolonieen errichtet worden. Es konnten darin insgesammt etwa 3400 Personen untergebracht werden, so daß diese Kolonieen bisher auch nicht einigermaßen wirksam der Arbeitslosigkeit zu steuern im Stande gewesen sind. Vor vier oder fünf Jahren kam es vor, daß alle Plätze besetzt waren; im Frühling dieses Jahres befanden sich indessen nur etwa 1800 Personen in sämmtlichen Kolonieen. Die in dieser Epoche etwas gesteigerte Arbeitsgelegenheit mag dazu beigetragen haben; im Ganzen aber zeigt der Rückgang der Anstalten, daß das Unternehmen nicht entwickelungsfähig ist und eine sozialpolitische Bedeutung nicht gewinnen kann.

Dem gegenüber stehen die Leistungen der Arbeiterorganisationen für Arbeitslosen- und Wanderunterstützung geradezu großartig da, namentlich da sie den Arbeiter weder unter strenge Hausordnungen stellen noch sonst welche Zwangsmaßregeln nach sich ziehen.

Die herrschenden Klassen sind eben nicht im Stande, zeitgemäße große Organisationen in obigem Sinne zu schaffen. Das Schicksal der Arbeiterkolonieen beweist dies zur Evidenz. Dazu ist der Gesichtskreis von Junkern und Bourgeois viel zu enge.

Vier Jahre Gefängniß!

Wir haben gestern das Urtheil in dem Magdeburger Majestätsbeleidigungs-Prozeß mitgetheilt, dessen Opfer unser Parteigenosse Müller, der verantwortliche Redakteur der „Volksstimme“, geworden ist. Das Urtheil ist noch härter, als uns gestern mitgetheilt worden ist: In die vier Jahre und einen Monat sind nur zwei, nicht zehn Monate einer noch zu verbüßenden Strafe eingerechnet. Fast fünfzig Monate aus dem Dasein eines Menschen gestrichen, ein Leben vielleicht für immer vernichtet — wegen einer unüberlegten publizistischen Handlung!

Der „Vorwärts“ bemerkt zu dem furchtbaren Urtheil:

Gewiß, wir vermögen nicht die That zu entschuldigen, die zu dem Prozeß den äußeren Anlaß gegeben hat. Die Fabel, die in dem Blatt erzählt wurde, war plump und geschmacklos. Es ist zudem thöricht, derartiges zu erzählen, selbst wenn es wahr wäre. Denn das Majestätsbeleidigungsverfahren läßt nicht den Wahrheitsbeweis zu; und das Bürgerthum hat noch nicht den Muth gefunden, diesen beispiellosen Rechtswiderspruch zu tilgen.

Aber unser Bedauern über den Mißgriff unseres Parteiblattes verschwindet vor dem Unwillen über die Höhe des Strafmaßes, das die Magdeburger Strafkammer angewendet hat, zumal einem Manne gegenüber, der, wie durch drei Zeugen erhärtet worden ist, nur durch ein Versehen als verantwortlicher Redakteur genannt worden ist, während er die redaktionellen Geschäfte in Wirklichkeit nicht mehr besorgte.

Das Magdeburger Gericht schenkte dieser Versicherung keinen Glauben, und es verhängte eine Strafe, wie es selbst in der gegenwärtigen Aera der Majestätsbeleidigungs-Prozesse bisher unerhört ist.

Freilich ist die Magdeburger Justiz nur auf dem Wege fortgeschritten, auf dem sie seit Jahr und Tag betroffen wird. Die Magdeburger Justiz scheint den Beweis experimentell führen zu wollen, daß es auch mittelst des gemeinen Rechts möglich ist, die Sozialdemokraten zu bekämpfen. Kein Tag vergeht fast, ohne daß wir von einer neuen Maßnahme des dortigen Gerichts gegen Parteigenossen hören. Staatsanwälte und Landgerichtsräthe ringen um den Preis in diesem zähen Kampfe gegen unsere Partei. Ließ vor Jahr und Tag der unvergessene Staatsanwalt Matzier einen in Untersuchungshaft gesperrten Preßsünder in Fesseln legen, weil ihm ein Stückchen Wurst zugesteckt war, brachte es eine Magdeburger Kammer fertig, in einem Majestätsbeleidigungs-Prozeß gesetzwidrig die Aberkennung der Ehrenrechte zu beschließen, so darf heute das unter dem Vorsitzenden Fromme tagende Gericht die Anerkennung beanspruchen, daß ihr in der Hochfluth der Majestätsbeleidigungs-Klagen das Höchste gelungen ist.

Vier Jahre ein Monat Gefängniß — wegen einer journalistischen Unbesonnenheit!

Die heutige Zeit gemahnt ernstlich an jene Aera der Majestätsbeleidigungsprozesse, die vor 20 Jahren durch die Attentatshetze bedingt wurden. Damals verurtheilte an einem Tage, am 8. Juni 1878, die 7. Strafkammer in Berlin sieben Personen wegen Majestätsbeleidigung zu 22 Jahren und 6 Monaten Gefängniß. Damals gelangte auch das äußerste Strafmaß — 5 Jahre Gefängniß — zweimal zur Anwendung.

Wir sind nicht mehr weit entfernt von jenen Tagen und die Magdeburger Justiz scheint bereits das Ziel von damals völlig erreicht zu haben.

Meister Timpe.

Sozialer Roman von Max Kretzer.

23] (Nachdruck verboten.)

Schließlich verlangten die jungen Leute durchaus von dem Nachtwächter, er solle ihnen den Ort angeben, wo er seinen Spieß gelassen habe, denn ein richtiger Nachtwächter dürfe ohne Spieß nicht ausgehen . . . In seiner Herzensangst ließ der kleine Wenzel — denn er ist nämlich sehr klein und hat bei den „Maikäfern“ gedient — die Nothpfeife ertönen, und nun konnten wir nicht länger den Dingen ruhig zuschauen. Ich also vorwärts, und Liebegott immer langsam hinterdrein. Von allen Seiten kamen nun die Nachtwächter und Schutzleute herbei, und die ganze Gesellschaft mußte nach der Reviermache. Keiner von ihnen konnte gerade stehen, alle aber wollten durchaus ganz nüchtern sein und immer Recht haben. Dabei berief sich Jeder darauf, daß er Student sei und kein Mensch ihm etwas anhaben könne. Die Titel der Väter spielten dabei auch eine große Rolle. Wer aber am wenigsten nüchtern war und am lautesten schrie, war Herr Franz. Fortwährend sagte er: „Sie haben mir gar nichts zu sagen . . . Ich bin der zukünftige Schwiegersohn von Herrn Urban, dem reichen Fabrikbesitzer, verstehen Sie? . . . Der wird Ihnen das schon besorgen“ . . . Ich habe lachen müssen! Der „Schwiegersohn“ mußte alle Augenblicke herhalten. Ich habe dann Ihrem Sohne sehr gut zugeredet, aber es half nichts. Im Gegentheil — er fuhr auch mir über den Mund und geberdete sich wie ein Unsinniger. Das hat mir am wehesten gethan. Wie lange er mit den Anderen auf der Wache blieb, das weiß ich nicht; denn Liebegott und ich sind wieder unserem Berufe nachgegangen. Vielleicht war's nicht recht, daß ich dies Alles erzählt habe; aber ich sagte mir: Krusemeyer, thue es lieber, es kann mehr nützen als schaden“.

Während Krusemeyer erzählte, hatte das Ehepaar seine Heiterkeit nicht verbergen können. So sehr auch der Meister und sein Weib bestürzt waren, als sie vernahmen, daß ihr Einziger sich unter den Arrestanten befunden hatte, so mußten sie doch über die übermüthigen Späße lachen. Was den Meister selbst betraf, so sagte er ein über das andere Mal: „Diese Teufelskerle! Ja, das ist so Studentenmanier.“

Erst als der redselige Beamte seinen Bericht beschlossen hatte und sehr ernst geworden war, zeigte auch Timpe eine bedenkliche Miene und kratzte sich hinter dem Ohr. „Was wohl aus der ganzen Geschichte werden könne?“ fragte er schließlich.

„Eine kleine Ordnungsstrafe, damit wird die Sache erledigt sein“, erwiderte Krusemeyer. Damit war Timpe beruhigt.

Thomas Beyer war der Einzige, der während der Unterhaltung seinen Ernst bewahrt hatte. Nur hin und wieder war ein Lächeln über seine Züge geflogen, doch hatte das mehr der drolligen Erzählungsweise Krusemeyers, als den Vorgängen der vergangenen Nacht gegolten. Ein ewiger Grübler, wie er war, versuchte er nach seiner Weise allen Dingen auf den Grund zu gehen, fand auch das Leben viel zu ernst, um sich durch äußerliche Nichtigkeiten täuschen zu lassen. Als Timpe nun sagte, er werde die „Lappalie“ sehr gern bezahlen, denn sein Sohn habe sich jedenfalls gut amüsirt, konnte er nicht mehr an sich halten.

„Meister“, begann er, „ich stehe seit fünfzehn Jahren bei Ihnen in Arbeit, seien Sie mir daher nicht böse, wenn ich einmal ein offenes Wort sage. Frei heraus: Sie sind zu nachgiebig gegen Ihren Sohn, er wird Ihnen das dereinst schlecht belohnen . . . Ihr Herr Vater hat nicht so ganz Unrecht, wenn er den Segen der Zuchtruthe predigt und sich immer verschlossener und mißtrauischer giebt, weil er sich bewußt wird, daß all' sein Reden nichts hilft.“

Meister Timpe nahm vor Erstaunen die kurze Pfeife aus dem Munde. Frau Karoline aber, die immer noch emsig strickte, ließ aus Versehen einige Maschen fallen und warf über die Brille hinweg einen unmuthigen Blick auf den Sprecher.

„Soo, soo, soo —“ sagte Timpe sehr gedehnt, machte eine kurze Pause, als müßte er sich zuerst für diesen unerwarteten Angriff sammeln und setzte dann hinzu:

„Also Sie stoßen in dasselbe Horn wie der Alte und wollen ebenfalls Moral predigen! Aber die Moral kennt man! Die ist nicht weit her. Wenn es nach Euch ginge, müßte die Jugend weiter nichts thun, als arbeiten, beten und sich kasteien.“

„Das nicht, Meister, aber sie sollte etwas thun, was nicht nur bei den Menschen, sondern auch in der ganzen Natur nothwendig ist, um alles vortrefflich gedeihen zu lassen.“

„Und das wäre, mein kluger Herr Beyer?“

„Maaß halten, Meister . . . Die Bäume würden nicht mehr schön aussehen, wenn sie bis in den Himmel ragten und die Wolken wären keine Wolken, wenn sie hier unten bei unseren Füßen vorbeizögen. Ein altes Sprüchwort sagt: Vater und Mutter können zehn Kinder ernähren, aber selten thun das zehn Kinder mit ihren Eltern. Meister Timpe, ich will von Herzen wünschen, daß dieses Sprüchwort für Sie nur Sprüchwort bleibt, aber denken Sie an Thomas Beyer, wenn es eines Tages sich bewahrheiten sollte. Und wenn Sie mich auf der Stelle lohnen, ich kann's nicht ändern, Meister: die Dinge liegen so.“

„Sehr gut gesagt, sehr gut gesagt, Beyer.“

Als nach einer Pause Johannes Timpe diese Worte hervorbrachte, geschah es ungefähr in dem Tone eines Menschen, dessen Gefühl angenehm berührt worden ist, der aber die Wahrheit der vernommenen Lehrpredigt noch nicht zugeben will

(Fortsetzung folgt.)

Sechzehn Jahre Zuchthaus wegen — Unfugs!

Züchtigen die bürgerlichen Gerichte mit Peitschen, so züchtigen die Militärgerichte mit Skorpionen.

Das „Darmstädter Amtsblatt" veröffentlicht folgende blutige Bekanntmachung:

In Gemäßheit des § 193 der Militär-Strafgerichtsordnung wird bekannt gegeben, daß die Reservisten

1. Jakob Wagner, geboren am 13. Januar 1874 zu Weiterstadt, Kreis Darmstadt;
2. Ludwig Mischlich, geboren am 3. März 1874 zu Weiterstadt, Kreis Darmstadt;
3. Hornist-Gefreiter Adam Friedrich Wesp, geboren am 23. Oktober 1872 zu Weiterstadt, Kreis Darmstadt

sämmtlich dem Landwehr-Bezirk 1 Darmstadt, wegen militärischen Aufruhrs unter gleichzeitiger Begehung von Gewaltthätigkeiten gegen einen Vorgesetzten, Mischlich auch wegen Widerstandes gegen einen in der rechtmäßigen Ausübung seines Amtes sich befindlichen Beamten, mit Entfernung aus dem Heere und p. Wagner mit sechs Jahren, p. Wesp mit fünf Jahren sechs Monaten und p. Mischlich mit fünf Jahren einem Monat Zuchthaus durch rechtskräftiges kriegsgerichtliches Erkenntniß vom 21. d. Mts. bestraft worden sind.

Darmstadt, 31. Dezember 1898.

Gericht der Großherzoglich Hessischen (25.) Division.

Welch' todeswürdiges Verbrechen haben die Unglücklichen begangen, daß auf so furchtbare Weise ihr Dasein vernichtet wird? Sie hatten — Unfug getrieben, sie hatten vergessen, daß Bürger, die zur Kontrollversammlung einberufen sind, für 24 Stunden der Militärgerichtsbarkeit unterliegen. Auf der Rückkehr von einer Kontrollversammlung hatten sie allerlei Possen getrieben. Ein Leutnant wies sie zurecht. Die Reservisten, die sich nicht mehr als Soldaten fühlten, vermerkten das übel. Es kam zu Thätlichkeiten, bei denen auch ein Gendarm angegriffen wurde. Wegen dieser Prügeleien, die im Wesen nicht schlimmer sind als die Nachtwächter-Rempeleien unserer Studenten, wurden die drei Unbesonnenen zu insgesammt sechzehn Jahren sieben Monaten Zuchthaus verurtheilt.

Die Leute sind sämmtlich verheirathet, Familienväter.

Wird sich ein Minister finden, der die Unglücklichen zur Begnadigung vorschlägt, wie die Bräsewitze, Duellanten, Bürger mißhandelnde Polizisten zur Begnadigung vorgeschlagen worden sind?

Oder müssen die „Verbrecher" ihre furchtbare Strafe voll verbüßen — von Rechtswegen?

Auf die Ausweisungspolitik Köller

wirft eine Unterredung ein grelles Schlaglicht, die nach dortigen Zeitungsberichten der Oberpräsident mit einer Deputation von Landwirthen des Kreises Hadersleben geführt hat, welche bat, die Ausweisungen einzustellen. Die Deputation wurde geführt vom Hofbesitzer Skau. Derselbe führte insbesondere Klage über die Ausweisung von Dienstboten aus der Gegend von Christiansfeld. Wenn Mitglieder des gesellschaftlichen Vereins ihr eigenes Vereinsgebäude besuchten, dann würden die Dienstboten derselben nach einigen Tagen ausgewiesen. So sei es auch seinen eigenen Leuten ergangen, nachdem er einer Generalversammlung der Genossenschaft Frey beigewohnt habe. Darauf erwiderte Herr von Köller:

Wenn sich Leute Vereinen anschließen, welche fast ausschließlich aus dänisch gesinnten und dänisch redenden Mitgliedern bestehen, so unterstützen sie dadurch indirekt die Agitationen. Köller kam dann auf die dänische Presse in Nordschleswig zu sprechen. Die Bevölkerung müsse sich von derselben lossagen; wenn sie dieselbe durch Lesen und Abonnements unterstütze, so mache sie sich mitschuldig. Darauf bemerkte Skau, die Bevölkerung könne nicht dafür verantwortlich gemacht werden, was in der Presse geschrieben werde. Sie sei genöthigt, die Blätter in dänischer Sprache zu halten, da sie keine andere Sprache verstehe. Der Oberpräsident entgegnete hierauf, dann müsse sie Kopenhagener Blätter halten. Skau erwiderte: Die Kopenhagener Blätter enthalten keine heimatlichen Berichte und schildern nicht die örtlichen Verhältnisse, wie dies uns wünschenswerth erscheint. Darauf verlangte der Oberpräsident, die Bevölkerung solle dann selbst ein Blatt gründen oder den „Heimdal" kaufen und in friedlicher Weise redigiren. Die Bevölkerung möge gern ihre Sitten und Gebräuche und ihre dänische Gesinnung im Herzen behalten, aber sie sollten sie nicht zeigen in ihrer öffentlichen Thätigkeit. Nach den bestehenden Gesetzen wäre der Agitation nicht beizukommen; hätte er dieselben Verordnungen wie in Elsaß-Lothringen, so könne er die Presse verbieten und Ruhe schaffen vor den Agitatoren. Solche Verordnungen ständen ihm hier nicht zu Gebote, und deshalb müsse er die Ausweisungen anwenden.

Vorstehendes ergiebt, daß Herr von Köller systematisch darauf ausgeht, thatsächlich die verfassungsmäßigen Rechte der Preßfreiheit und des Vereinswesens für die dänisch redende Bevölkerung in Nordschleswig nach dem Muster des elsässischen Diktaturparagraphen zu suspendiren. Preußischen Staatsbürgern ist nach dem bestehenden Recht und Gesetz nicht beizukommen, deshalb müssen dänische Unterthanen die Schuld bezahlen. Ist es denn zulässig, so fragt die „Kieler Zeitung", daß auf dem Verwaltungswege in Preußen die Wirksamkeit der Gesetze suspendirt oder beeinträchtigt werden darf? Haben die dänischredenden Nordschleswiger nicht denselben Anspruch auf den Schutz derjenigen verfassungs- und gesetzmäßigen Freiheiten und Rechte, die jedem preußischen Staatsbürger gewährleistet sind?

Folgen der Ausweisungspolitik.

Die „Deutsche Exportztg." schreibt, sie habe am eigenen Leibe erfahren müssen, wie schädlich die Ausweisungspolitik auf die deutschen Verbindungen mit Dänemark einwirkt. „Die Buchhandlung, die seit siebzehn Jahren die Agentur unserer Zeitung in Kopenhagen inne hatte, lehnte jede weitere geschäftliche Verbindung ab und zwei andere buchhändlerische Firmen, die wir um Uebernahme unserer Vertretung für Dänemark angegangen haben, motivirten ihren negativen Bescheid gleichfalls mit dem „Ausweisungskoller des Herrn von Köller". Nach dem Ton, der in diesem Schreiben vorherrscht, so bemerkt die „Deutsche Exportztg.", irren sich jene Stellen ganz gewaltig, die meinen, der dänische Groll sei nur ein vorübergehender: die Beziehungen bleiben abgebrochen. An die Stelle Deutschlands treten als Lieferanten: Italien, Holland und insbesondere England. Die „Exportztg." druckt alsdann die Aufforderung der italienischen Blätter an die großen italienischen Firmen ab, mit größter Eile die besten Waarenmuster nach Dänemark zu entsenden, um an die Stelle der abgebrochenen deutschen Handelsbeziehungen zu treten. Der niederländische Konsul in Kopenhagen bezeichnet es als eine vorzügliche Gelegenheit für die niederländischen Häuser, jetzt in Dänemark neue Beziehungen anzuknüpfen. Die „Daily News" bringt, wie die „Dtsch. Exportztg." hervorhebt, einen Artikel, in welchem sie darauf aufmerksam macht, daß jetzt England Chancen habe, den an Deutschland verlorenen Markt wieder zu gewinnen.

Eine neue Ausweisung wird der „Freis. Ztg." aus Ruhrort gemeldet, wo ein junger Holländer aus guter Familie, der seit mehreren Jahren in einem Manufakturwaarengeschäft als Lehrling thätig ist, plötzlich die Aufforderung erhalten hat, binnen vierzehn Tagen das deutsche Reichsgebiet zu verlassen, — weil er seiner Militärpflicht in Holland noch nicht genügt habe. Dabei hat weder der Vater des jungen Mannes, noch dieser selber seither eine Gestellungsordre Seitens der holländischen Militärbehörde erhalten. Der Prinzipal des jungen Mannes hat inzwischen den Versuch gemacht, die Ausweisungsordre rückgängig zu machen.

Wünsche und Hoffnungen. Der deutsche Kaiser war vor einigen Tagen an einem Schnupfen leicht erkrankt, so daß er das Zimmer hüten mußte. Da machte ihm der französische Botschafter Marquis de Noailles einen offiziellen Beileidsbesuch, den der Kaiser bald darauf durch einen einstündigen Besuch erwiderte. Das ist allerdings allgemein bemerkt worden. Doch scheint es uns entschieden zu weit zu gehen, wenn sich die „Voss. Ztg." aus Paris melden läßt: „Kaiser Wilhelms Besuch bei dem Botschafter Marquis de Noailles macht hier starken Eindruck und giebt zu hoffnungsvollen Deutungen Anlaß. Man behauptet, der Kaiser habe sich abfällig über die Haltung der englischen Diplomatie gegen Frankreich geäußert, und glaubt sogar, ein deutsch-französisches Einvernehmen wenigstens in China sei in absehbare Nähe gerückt."

Frankreich hat soeben in China einen zu weit vorgestreckten Fühler rasch wieder zurückziehen müssen; es hat seine Ansprüche auf Erweiterung seiner Interessensphäre in Shanghai zurücknehmen müssen und zwar namentlich in Folge des Einspruches von englischer und amerikanischer Seite. Den verletzten Empfindungen über diese selbstverschuldete Niederlage kann man es wohl zuschreiben, wenn aus dem Höflichkeitsbesuche des Kaisers beim französischen Botschafter nun von einzelnen Chauvinisten sofort die Folgerung gezogen wird, in Deutschland eine Stütze für seine chinesischen Pläne finden zu können.

Vom Duellunfug. Zum dritten Male innerhalb weniger Wochen wird von einem Duell mit tödtlichem Ausgang berichtet, an welchem ein Offizier aus einer der lothringischen Garnisonen betheiligt ist. Am Montag früh hat der Oberlieutenant Schlickmann des 145. Infanterie-Regiments in Metz den 25jährigen Sohn eines dort sehr bekannten Großindustriellen, Emil Tillement, im Zweikampf erschossen.

Ausland.

Die ungarische Krise

soll ihrer Lösung entgegen gehen. Bezüglich des Ausgleichs will die Opposition die wirthschaftliche Gemeinschaft beibehalten unter bloß prinzipieller Wahrung des selbständigen Zollgebiets. Als Gegenleistung wird ein Gesetz über die Wahlprüfungen durch die Gerichte verlangt. Die Demission Banffys wird als selbstverständliche Forderung betrachtet und erfüllt.

Die ungarische Opposition formulirte die Forderungen in vier Punkten: bedingungslose Annahme des Ausgleichs, wenn er in Oesterreich verfassungsmäßig durchgeführt wird. Wenn dies nicht möglich ist, Annahme des Ausgleiches bis 1903, wonach Ungarn ein wirthschaftlich selbständiger Staat fremden Staaten gegenüber wird; ferner Gerichtsbarkeit der königlichen Kurie in Wahlsachen, strikte Durchführung der Inkompatibilität und Ausgleichung der Ungerechtigkeiten des Wahlzensus.

Später wird dagegen gemeldet: Die Kompromißverhandlungen verlaufen in ungünstiger Weise. Der liberale Klub erklärt die Forderung der Opposition: Demission des Gesammtkabinets und Abschluß des Zollvertrages, falls der Ausgleich nicht im Sinne Ungarns zu Stande kommt, für unannehmbar.

Im nordamerikanischen Senat trat am Montag Senator Hoar gegen die Expansionspolitik auf, da die Regierung verfassungsmäßig nicht berechtigt sei, fremdes Gebiet zu erwerben oder über einen fremden Volksstamm zu regieren, jedenfalls aber nicht, ohne daß das fremde Volk seine Zustimmung hierzu giebt. Er werde gegen die Ratifikation des Friedensvertrages stimmen. Die Monroedoktrin würde hinfällig werden und jede Nation und jede europäische Konföderation würde das Recht haben, Landgebiet auf der westlichen Halbkugel an sich zu nehmen, wenn Amerika auf der andern Halbkugel Landerwerbungen mache.

Deutscher Reichstag.

Die heutige Sitzung dauerte beinahe sieben Stunden. Der Präsident führte seine Absicht, die Fleischnothdebatte heute zu beendigen, durch. Nachdem nach einer vierstündiger Debatte einem Schlußantrage von der linken Seite, welche Vertagung wünschte, widersprochen war und dieser Schlußantrag in namentlicher Abstimmung abgelehnt worden war, ließ der Präsident die Sitzung weiter dauern und die ganze Rednerliste sich noch völlig erschöpfen. Im ersten Theil der Sitzung fand die linke Seite des Hauses in Form einer ganzen Delegation. Auch unser Genosse Stolle, der eine recht gut vorbereitete Rede hielt, die mit vielem statistischen Material ausgestattet war und eindringlich vorgetragen wurde, vermochte diesen Bann nicht zu brechen. Dann ließ der agrarische Präsident am Ende einen agrarischen Redner nach dem andern aufmarschiren, darunter den Abg. Dr. Rösicke, den 2. Vorsitzenden im Bunde der Landwirthe, der sich als ein Dauerredner schlimmster Sorte entpuppte, und die Debatte blieb in Folge dessen auf niedrigstem Niveau. Erst mit der Rede des oberschlesischen Zentrumsabgeordneten Stephan, der gewiß zu seinem Leidwesen dem süddeutschen Zentrumsabgeordneten Gerstenberger entgegentreten mußte, weil er von der hungernden katholischen Bevölkerung Oberschlesiens gewählt ist und diese Thatsache nicht gänzlich ignoriren konnte, kam wieder etwas Leben „in die Bude". Auch Herr Rickert hatte diesmal ausnahmsweise keinen schlechten Tag und lockte den Landwirthschaftsminister in eine oppositionelle Stellung zu den Hauptschreiern unter den Agrariern, dem Bunde der Landwirthe und seinen extremen Forderungen. Als damit die müde Stimmung umgeschlagen und sich gar auch noch unser Genosse Haase aus Königsberg zum Worte gemeldet hatte, da wollte die Rechte mit den Nationalliberalen schleunigst Schluß machen. Genosse Singer vereitelte diesen Plan geschickt. Mit Hülfe der Freisinnigen, der Antisemiten und eines großen Theils des Zentrums wurde der Schlußantrag abgelehnt und Genosse Haase kam noch zu Wort. Er krönte die Reden der linken Seite mit seinen Ausführungen, die ebenso treffend wie in der Form ausgezeichnet waren. Die heutige Rede zeigte, welch werthvolle Kraft die Fraktion in Haase gewonnen hat und ließ deutlich erkennen, welch starken Antheil seine Person an den Erfolgen der Partei in Ostpreußen für sich in Anspruch nehmen darf, soweit überhaupt persönliche Einflüsse dabei eine Rolle spielen können und nicht die Verhältnisse selbst naturnothwendig zu sozialistischen Entwickelung drängen. Die Hiebe des Genossen Haase hatten gesessen. Graf Posadowsky quittirte darüber mit der billigen Erwiderung, daß unser Genosse die Regierung grundlos verdächtigt habe. Auch zwei Redner aus dem agrarischen Süden Deutschlands fühlten sich bemüßigt gegen Haase zu polemisiren. Sie thaten es mit dem ganzen Ungeschick parlamentarischer Neulinge und das Lachen auf der linken Seite des Hauses wollte kein Ende nehmen. Selbst der gräfliche Präsident mußte öfters herzlich lachen und wischte sich die Lachthränen mit einem übrigens ganz polizeiwidrig rothen Taschentuch aus den Augen. Eine Fluth von persönlichen Bemerkungen brach schließlich noch über das Haus herein. Der Präsident glättete die Redewogen und vertagte die Berathung der noch auf der Tagesordnung stehenden Militärvorlage auf morgen.

8. Sitzung vom Mittwoch, 11. Januar 1899 — 1 Uhr.

Zu Mitgliedern der Kommission für Arbeiterstatistik werden gewählt die Abgg. Hitze (Zentr.), Letocha (Zentr.), Jacobskoetter (kons.), Schmidt-Bingen (freis. Vkp.), Molkenbuhr (Soz.), Heyl zu Herrnsheim (natl.) und Bauermeister (Reichsp.)

Zu Mitgliedern der Reichsschulden-Kommission werden neu gewählt die Abgg. Letocha (Zentr.), Pachnicke (freis. Vg.) und Kropatschek (kons.)

Es folgt die Fortsetzung der Besprechung der Interpellation von Wangenheim betr. die Fleischnoth.

Abg. **Stolle** (Soz.): Herr von Wangenheim hat es gestern beklagt, daß die Frage der Fleischnoth zu sehr vom parteipolitischen Standpunkt aus behandelt worden ist, und er hat ferner unter Aufführung eines großen Zahlenmaterials den Beweis zu führen gesucht, daß eine Fleischnoth nicht existirt. Was das Erste anlangt, so haben bis jetzt lediglich die Viehproduzenten ihre Interessen vertreten; nun muß er auch gestatten, die Frage vom Standpunkt des Konsumenten aus zu behandeln und was das Zweite betrifft: Wie kommt es denn, daß eine den Herren von der Rechten doch nahestehende Körperschaft, wie die Verwaltung der vereinigten Königs- und Laurahütte in Oberschlesien, einen Vertrag abgeschlossen hat, wonach wöchentlich eine Zufuhr von dreißig Schweinen ihr zu sichern ist, damit sie ihre Arbeiter mit genügendem billigem Schweinefleisch versorgen kann? Es ist mir unverständlich, wie man sagen kann: Die Viehproduktion reicht vollkommen für den Inlandskonsum. Die Einfuhr von geschlachteten Schweinefleischprodukten nimmt beständig zu; aber diese können die Vieheinfuhr nicht ersetzen; denn dies Fleisch hat bedeutend geringeren Nährgehalt. Ueberall ist die Zahl der geschlachteten Schweine zurückgegangen und doch nicht deshalb, weil die Fleischer plötzlich nicht mehr schlachten wollen. Die Fleischnoth drückt auf die Konsumenten und die Regierung hat doch nicht nur die Aufgabe, die Interessen der Viehzüchter zu schützen, sondern sie hat in erster Linie sich der Interessen der kleinen Leute anzunehmen (Sehr richtig bei den Sozialdemokraten.) Den Arbeiter trifft in Folge der Fleischtheuerung eine sehr große Belastung. Im Königreich Sachsen ist der Fleischkonsum von 26½ Kilo im Jahre 1896 auf 25½ Kilo im Jahre 1897 zurückgegangen. Früher betrug der Preis für ein Pfund Schweinefleisch 60 Pf., heute werden 80 Pf. gezahlt. Das bedeutet für den Arbeiter mit Familie ein Mehr von 20 Mark. Die Herren von der Rechten schieben die Schuld von den hohen Preisen auf Händlerringe und die Fleischer. Das ist aber keineswegs richtig. Auch die Engrospreise für Fleisch sind hoch. Wie die Fleischnoth wirkt, das zeigt eine Annonce in sächsischen Arbeiterblättern, worin prima fettes Roß- und Hundefleisch angeboten wurde. Wenn der Arbeiter schon zu solcher Nahrung seine Zuflucht nehmen muß, dann können Sie doch nicht leugnen, daß eine Fleischnoth besteht. (Lachen rechts.) Darüber können Sie wohl lachen, die Sie mit gefülltem Portemonnaie dastehen und theures Fleisch kaufen können. Trotzdem verlangen die Herren rechts die Aufrechterhaltung der Grenzsperren. Künstlich wird dabei das Interesse des Kleinbauern vorgeschoben. Dabei beweist die Statistik, daß nur die großen Landwirthschaftsbetriebe über 10 Hektar ihren Viehbestand vermehrt haben, die Betriebe unter 10 Hektar aber eine Verminderung des Viehstandes aufweisen. Deshalb ist es ganz falsch, wenn der Abg. Gerstenberger sagt, im Interesse der Bauern müssen wir die Grenzen zuhalten, rein zum Schaden der Bauern haben Sie die Grenzen zugehalten. (Heiterkeit.) Vom Minister wie vom Abg. von Wangenheim ist die Seuchengefahr als Grund für die Grenzsperre angeführt worden. Ich verkenne natürlich nicht diese Gefahr, aber sie muß erst konstatirt werden. In den holländischen Grenzgebieten z. B. ist das Erlöschen der Seuche amtlich konstatirt worden, ohne daß doch unsererseits die Grenzsperre dort aufgehoben wäre. Gilt denn unserer Regierung eine solche Erklärung der holländischen Behörden gar nichts? Und glauben Sie etwa, daß die Ministerien von Holland, Belgien, Oesterreich und Rußland so leichtsinnig sind, um nicht alles irgend Mögliche zur Bekämpfung der Seuche im eigenen Lande zu thun? Also die Seuchengefahr ist nicht der richtige Grund, sondern vielmehr das Interesse der Großgrundbesitzer, das Sie zu Ihren Maßnahmen bewegt. Dagegen lohnt es sich wohl auf die Seuchengefahr im Inlande hinzuweisen. In Ost- und Westpreußen z. B. befinden sich die Viehställe häufig in einem schauderösen Zustande und genügen namentlich in gesundheitlicher Beziehung durchaus nicht den berechtigten Anforderungen. Das Vieh steht oftmals in Jauche, Koth und Schlamm (Heiterkeit rechts.) und daß dadurch die Maul- und Klauenseuche gefördert wird, ist selbstverständlich. Hier müßte die Regierung angehalten werden, Gegenmaßregeln zu treffen. Man muß nicht immer dem Auslande allein die Schuld geben, sondern auch die Herren im Inlande müssen ihren Theil anthun zur Verhütung der Seuchengefahr. Die kleinen Landwirthe haben ja allerdings mit Kummer und Noth genug zu kämpfen, aber von den

Großgrundbesitzern müssen wir das verlangen. Alle Maßnahmen aber, die Sie ergriffen haben, sind ein Schlag ins Wasser gewesen, wer wirklich den Bauern helfen will, der muß sagen, öffnet die Grenzen, gebt freie Bahn für Handel und Verkehr! (Bravo bei den Sozialdemokraten!)

Abg. **Nißler** (kons.): Der sozialistische Redner versteht von der Landwirthschaft gar nichts! (Beifall rechts, Lachen links.) Gerade der kleine Bauer ist auf die Landwirthschaft angewiesen, meine Herren, und wenn der Bauer Geld hat, meine Herren, dann hat es alle Welt, meine Herren. (Bravo rechts. Lachen links.) Die Arbeiter sitzen Sonntags in den Kneipen, meine Herren, oder in den Tanzsälen, der Bauer trinkt höchstens ein paar Glas Bier, weil es zu mehr nicht langt. Die Landflucht thut uns bittern Schaden und schädigt das ganze Volk, weil die Arbeiter in den Städten unzufrieden gemacht werden. Den Arbeitern ist auf dem Gebiete der Sozialgesetzgebung schon viel zu viel entgegengekommen worden, jetzt wollen wir Bauern auch etwas vom Staate haben. Gestern war der erste Tag, wo die Regierung der Landwirthschaft Gehör geschenkt hat. (Bravo rechts, Lachen links.) Ein Staat, der seine Bauernschaft schützt, ist unbesiegbar. (Bravo rechts, Lachen links.)

Staatssekretär Graf **Posadowsky** polemisirt gegen die Ausführungen des Abg. Stolle. Den amtlichen Zahlen gegenüber kann die Behauptung, daß eine Fleischnoth existirt, nicht aufrecht erhalten bleiben. Auch die Qualität des Viehs hat sich gebessert und die Schweinezucht hat bei den kleinen und kleinsten Besitzern erhebliche Fortschritte gemacht. Die Abwehr der Viehseuchen ist gerade für den Kleinbauern von höchster Wichtigkeit. Holland ist so verseucht, daß die Sperre durchaus nothwendig ist. Nur um den städtischen Konsumenten das Fleisch um ein paar Pfennige zu verbilligen, kann die Landwirthschaft nicht preisgegeben werden. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. **Paasche** (natl.): Mit dem Verlauf der Debatte und den Erklärungen vom Regierungstisch aus können wir zufrieden sein. Es hat sich herausgestellt, daß von einer Fleisch-Noth nur in ganz geringen Ausnahmefällen die Rede sein kann. Die Linke hat trotz des Geschreies, das sie seit Monaten über die Fleischnoth macht, hier nichts bewiesen. Herr Fischbeck hat überhaupt nur von einer Noth in den Grenzdistrikten Oberschlesiens gesprochen. Die ganze Agitation gegen die nimmersatten Agrarier hat eine lächerliche Maus geboren. Die Berliner Petition vertritt geradezu das Interesse der ausländischen Viehzucht (Sehr richtig! rechts) und von demselben Geiste war die Rede Fischbecks erfüllt. (Sehr richtig! rechts. Widerspruch links.) — Gegen die Handelsverträge verstößt es nicht, wenn wir einen ausreichenden Schutz der nationalen Viehzucht verlangen. Unsere heimische Viehzucht ist gerade für den kleinen Landwirth die Quelle des Wohlstandes und deshalb des Schutzes werth.

Abg. Dr. **Rösicke** (Bund d. Landw.): Wir Agrarier sind mit dem Gange der Debatte durchaus zufrieden. Herr Stolle hat zugegeben, daß das ausländische Fleisch geringeren Nährwerth hat als das inländische und wird hoffentlich noch die Folgerung daraus ziehen, daß das ausländische Fleisch zu Gunsten des einheimischen zurückgehalten wird. Seine Angaben über die Schweinezucht sind unrichtig, sie ist beim Kleinbauern größer als beim Großgrundbesitzer. Nach der Statistik entfallen 22 Prozent der Schweinezucht auf die Gutsbezirke, 78 Prozent aber auf die Dörfer. Die Grenzen können erst dann geöffnet werden, wenn im Auslande statistisch **dauernde** Seuchenreinheit festgestellt ist. (Heiterkeit links.) Daß die heimische Viehproduktion für den Inlandkonsum genügt, davon zeugt u. A. ein Bericht des Berliner Viehmarktes, nach dem ein großer Theil des angebotenen Viehs keine Käufer fand. Die theilweise vorgekommene Preissteigerung ist viel weniger auf das zu geringe Angebot von Vieh zurück zu führen als vielmehr auf die Agitation, die beständig mit dem Schlagwort der Fleischnoth operirt. (Lachen links.) Auch das Steigen der Löhne der Industriearbeiter hat ein Steigen der Fleischpreise bewirkt. Wo ein Rückgang in der Zahl der Schlachtungen stattgefunden hat, da hat lediglich die gesteigerte Fleischeinfuhr aus dem Auslande Schuld daran. Wir wünschen diese Einfuhr nicht und freuen uns, daß auch die Regierung ihren Schaden erkannt hat. (Beifall rechts.)

Abg. **Müller-Waldeck** (Antis.): Auch meine Partei freut sich über die Debatte. Durch die Grenzsperre sind die Sünden der Handelsverträge theilweise gut gemacht worden. Nur die Einfuhr amerikanischen Fleisches müßte noch mehr beschränkt werden.

Abg. Dr. **Stephan** (Zentr.): Als Vertreter des oberschlesischen Montanbezirks muß ich einige Ausführungen machen. In der Rede des Abg. Dr. Rösicke vermisse ich jede Rücksicht auf die Ernährung des Volkes, wenn er z. B. verlangte, daß die russische Grenze vollständig gesperrt werde. Herr v. Wangenheim hat das nicht verlangt, wie überhaupt seine Rede vortheilhaft von der des Herrn Dr. Rösicke abstach. (Sehr richtig! im Zentrum.) Herr Rösicke hat auch eine Einfuhr nur für erlaubt erklärt, wenn im Auslande statistisch dauernde Seuchenreinheit nachgewiesen ist. Eine völlige Schließung der Grenzen verstößt aber gegen das Gesetz. (Sehr richtig! links und im Zentrum.) Es ist darauf hingewiesen worden, daß in Oberschlesien das jetzige Kontingent mehr als ausreicht, daß es z. B. in Beuthen nicht einmal voll ausgenützt worden ist. Das liegt aber nur an den eigenthümlichen Verhältnissen dort, wo die Fleischpreise außerordentlich in die Höhe gegangen sind und daher den Fleischkonsum im Allgemeinen vermindern. Ueberhaupt ist dies ein Uebelstand der Kontingentirung. Weil die Händler wissen, wie viel Schweine überhaupt eingeführt werden, können sie untereinander Verabredungen treffen und die Preise so hoch als möglich fixiren. Die Zahlen des Herrn Dr. Rösicke scheinen mir sehr zweifelhafter Natur zu sein, und ich möchte an die verbündeten Regierungen die dringende Bitte richten, im Interesse der Bevölkerung den von Herrn Dr. Rösicke vorgetragenen Rathschlägen kein Gehör zu schenken. (Beifall im Zentrum.)

Abg. **Rickert** (frs. Vg.): Die Agrarier verlangen heute die völlige Schließung der Grenzen, obwohl 1896 der Herr Landwirthschaftsminister für Preußen im Abgeordnetenhause selbst betont hat, daß eine weitere Grenzsperre die Landwirthschaft schädige und geeignet sei, unsere Stellung zu den auswärtigen Mächten zu erschweren. Und heute verlangt Herr Rösicke ein strictes Einfuhrverbot, bis eine absolute Seuchenreinheit des Auslandes garantirt ist. Das heißt doch einfach eine Schließung der Grenzen für immer!

Es ist ein Schlußantrag eingegangen.

Abg. **Singer** (Soz.) beantragt namentliche Abstimmung darüber. Der Schlußantrag wird darauf mit 82 gegen 143 Stimmen abgelehnt.

Preußischer Landwirthschaftsminister Frhr. v. **Hammerstein**: Die Abgg. Richter und Fischbeck kann ich auch jetzt nicht von dem Vorwurfe freisprechen, daß sie mit ihren Aeußerungen über den angeblichen Bruch der Handelsverträge durch die von der Regierung verfügten Grenzsperren Handlungen nicht nationaler Art begangen haben. (Lachen links.) Herr Rickert fragte, warum ich auf das Verlangen des Abg. Rösicke nach völliger Grenzsperre nicht geantwortet habe. Ich habe das nicht für erforderlich erachtet. Die gleiche Forderung ist zwar Tag ein Tag aus von der Presse des Bundes der Landwirthe aufgestellt, aber stets von der Regierung als unberechtigt zurückgewiesen worden. Mein Standpunkt in der Seuchenfrage ist nach wie vor der: Die Seuchenpolitik darf nicht dazu benutzt werden, der Landwirthschaft höhere Viehpreise zu verschaffen, sie kann aber diesen Erfolg ungewollter Weise unter Umständen zeitigen. (Beifall.)

Abg. **Haase** (Soz.): Die Debatte hat bisher den Kernpunkt der Sache noch nicht berührt. Bisher hat man die Doktorfrage behandelt, ob die inländische Landwirthschaft den ganzen deutschen Fleischkonsum decken kann oder nicht. Ich bin nun der Meinung, sie kann es vorläufig nicht und wird es kaum nach ganz bedeutender Verbesserung des Betriebs können, aber der großen Masse der Bevölkerung ist die ganze Erörterung der Frage sehr gleichgiltig. Für den Arbeiter, den kleinen Handwerker, Beamten ꝛc. besteht die Fleischnoth in der Fleischtheuerung, sie verlangen daher eine Preisermäßigung. Abg. Nißler hat es nun ganz offen gesagt, daß die Agrarier jedenfalls den Zweck verfolgen, die Viehpreise zu erhöhen und dasselbe geben auch viele mir bekannte sozialdemokratische und freisinnige Großgrundbesitzer in Ostpreußen zu. Diese geben auch klipp und klar zu, die Preise sind gestiegen. Diesen Zeugnissen gegenüber können die Ausführungen des Herrn Staatssekretärs und des Landwirthschaftsministers auf Grund der Enquete gar nichts besagen. Aus welchen Informationen stammt denn das Material dieser Enquete? Sehr interessant ist es, sich die Stellung der ostpreußischen Landwirthschaftskammer zu dieser Frage zu vergegenwärtigen, die zuerst mit einem Gutachten auf den Plan kam, das den Agrariern sehr reichlichen Stoff zur Agitation gegeben hat. Auf Grund dieses Gutachtens behauptete im vorigen Jahre Abg. Iskraut mir gegenüber, als ich auf die drohende Fleischvertheuerung in Königsberg hinwies, diese sei einem jüdischen Händlerring zuzuschreiben, welcher der Bevölkerung Monopolpreise diktire. Uebrigens waren diese Händler sämmtlich Christen und nur von Herrn Iskraut zu Agitationszwecken in Juden umgetauft. (Große Heiterkeit.) Diese Behauptung der Ringbildung ist nachweislich völlig falsch. Als dort vor Kurzem der Generalsekretär der Landwirthschaftskammer Rodewald in einem Vortrag über die Fleischversorgung Königsbergs dies Argument wieder vorbrachte, erklärte in der Diskussion ein Ladenschlächter, daß die Behauptung von einem Ringe unwahr sei. Es seien dort etwa 50 Großhändler vorhanden, die sich untereinander erbitterte Konkurrenz machten. Auf diese Erklärung hin wurde es im Saale sehr still. Der Sekretär Dr. Rodewald erwiderte, daß seine Angaben dann wohl geändert werden müßten. (Hört! hört! links.) Da haben wir doch allen Grund, dem Material, das der Regierung von den Landwirthschaftskammern zugegangen ist, sehr mißtrauisch gegenüberzustehen. (Sehr richtig! links.) Wie die Sachen liegen, hat ja Herr v. d. Gröben-Arenstein, der der Nachfolger des Herrn v. Plötz werden wollte, offen ausgesprochen. Ich sage so wie er: was kann aus Einseitigkeit, Engherzigkeit und Neid herauskommen? (Sehr gut! links.)

So wie die Herren hier die probate Methode angewendet haben, kühne Behauptungen aufzustellen und dem Gegner die Beweislast für ihre Unrichtigkeit aufzubürden, so thun sie auch in anderen Fällen, wo wir dann nicht in der Lage sind, sie durch den Mund ihrer eigenen Gesinnungsgenossen, wie hier durch den Königsberger Fleischermeister zu widerlegen. (Sehr richtig! links). Herr Paasche hat gesagt, daß die Petition des Berliner Magistrats das Stärkste ist, was man der deutschen Volksvertretung zu bieten je gewagt hätte. Ich glaube, diese Petition steht immer noch thurmhoch über sämmtlichen agrarischen Leistungen, die des Herrn Paasche nicht ausgenommen. (Heiterkeit.) In Königsberg hat die Zahl der Schlachtungen bedeutend abgenommen bei einer gleichzeitigen Zunahme der Bevölkerung. Mir selbst sind bittere Klagen von Handwerkern zugegangen, die bisher der konservativen Partei angehörten. Wenn die Herren von der Rechten die Klagen und Flüche des armen Mannes hören könnten über die Unerschwinglichkeit des Fleischgenusses, sie wurden wohl in ihren Ohren lange nachhallen. (Beifall links.)

Bei diesen hohen Fleischpreisen ist die wirthschaftliche Tüchtigkeit der Bevölkerung auf das Höchste gefährdet. (Sehr richtig, links.) Den Nachtheil wird schließlich auch die Industrie haben. Und die Klagen kommen aus allen Städten, aus Berlin, Dresden, München, Hamburg, Karlsruhe. Ja, sind denn die städtischen Behörden alle mit Blindheit geschlagen, daß sie die Zustände in ihren eigenen Gemeinden nicht kennen? In den östlichen Provinzen Rußlands ist die Seuche so gut wie geschwunden. Schon gegenwärtig setzen sich unsere Behörden über das Gesetz hinweg, wenn sie die Grenzsperre in dem bisherigen Umfang aufrecht erhalten. Wo ist denn die bedrohliche Seuchengefahr, von der das Gesetz ausdrücklich spricht? So kommt es denn, daß man in den Kreisen der russischen Regierung erklärt hat: Wenn die preußische Regierung jetzt noch die Grenzen sperrt, so ist die Seuchengefahr lediglich ein Vorwand für ganz andere Interessen. (Unruhe rechts.) Die Regierung, die in der Wahrung des Gesetzes der Bevölkerung mit gutem Beispiel vorangehen sollte, hat ein sehr schlechtes Beispiel gegeben. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Es sind auch die ostpreußischen Landarbeiter in hellen Schaaren zu uns herübergekommen und haben den Großgrundbesitzern die Heeresfolge verweigert, die ihre Macht nur zur Wahrung ihrer engherzigen Klasseninteressen benutzt haben. Fahren Sie nur so fort! (Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Es ist befremdlich, daß unsere Staatsmänner, die die Unzufriedenheit durch hohe Steuern stets geschürt haben, nicht wenigstens hier etwas thun, um die Quellen der Unzufriedenheit zu verstopfen. Wenn das so weiter geht, dann können Sie überzeugt sein, daß die sozialdemokratischen Stimmen gerade in den ostpreußischen Agrarbezirken ganz erheblich steigen werden. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten und links.)

Abg. v. **Janda-Polczynski** (Pole) vertheidigt die Aufrechterhaltung der Sperre an der russischen Grenze im Interesse der kleinbäuerlichen Bevölkerung.

Abg. **Schrempf** (kons.) polemisirt gegen den Abg. Haase, der mit einem einzigen herausgegriffenen Fall Alles beweisen wolle. Es sei unzweifelhaft bewiesen, daß keine Fleischnoth herrsche und die Landwirthschaft keinen Fleischwucher treibe. Daß die Seuchengefahr noch besteht, zeigt England, das sich durch ein gänzliches Einfuhrverbot von lebendem Vieh vor dieser Gefahr noch heute schützt. Wenn die Doktorfrage, ob die deutsche Landwirthschaft fähig sei, für den ganzen Fleischkonsum zu sorgen, nicht gelöst wird, dann geht der deutsche Mittelstand zu Grunde. (Beifall rechts.)

Staatssekretär Graf **Posadowsky** polemisirt gegen den Abg. Haase und weist einen Theil seiner Ausführungen als Verdächtigung zurück.

Nachdem noch Abg. **Etzlinger** (bayr. Bauernb.) die Grenzsperre vertheidigt hat und nach einigen persönlichen Bemerkungen wird die Berathung geschlossen.

Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr: Militärvorlage.

Schluß 7 Uhr 30 Min.

Parlamentarisches.

Der Seniorenkonvent des Reichstages wird in den nächsten Tagen zusammentreten, um sich über die Reihenfolge der Initiativanträge schlüssig zu machen.

Die Centrumsfraktion des Reichstages war gestern Abend zusammengetreten, um zur Militärvorlage Stellung zu nehmen. Die Berathung dauerte vier Stunden. Als vorläufiges Ergebniß ist zu bezeichnen, daß die Fraktion gegen die unbedingte Annahme ist und Abschwächungen wünscht. — Natürlich nur vorläufig; später wird man prompt umfallen.

Von den Abgeordneten Rösicke und Pachnicke ist im Reichstage ein Initiativantrag eingebracht worden, welcher die gesetzliche Errichtung von Arbeitsnachweisen verlangt; ferner soll durch das Gesetz bestimmt werden, daß an der Verwaltung solcher Arbeitsnachweise Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer in gleicher Zahl unter dem Vorsitze eines Unparteiischen betheiligt seien.

Majestätsbeleidigungsprozesse.

Wegen Majestätsbeleidigung war kürzlich ein junger Mann aus Neunkirchen bei Saargemünd verhaftet worden. In der jetzt stattgehabten Strafkammer-Verhandlung wurden demselben zwei Monate Gefängniß zudiktirt.

Wegen Majestätsbeleidigung wurde der Schlosser August Friedrich aus Hamm zu acht Monaten Gefängniß verurtheilt.

Von der Görlitzer Strafkammer wurde der aus Konitz gebürtige Schneider Friedrich Berendt wegen einer Aeußerung, die er am 12. Dezember v. J. über die Palästina-Reise des Kaisers gethan hat, zu sechs Monaten Gefängniß verurtheilt.

Aus aller Welt.

In ihren Betten erstickt sind der „Berl. Ztg." zufolge in Preußisch-Friedland drei Kinder des Arbeiters Wolff im Alter von 5, 4 und 1½ Jahren, in Abwesenheit der Eltern, die auf Arbeit gegangen waren und die Kinder eingeschlossen hatten, in Folge eines in der Stube ausgebrochenen Brandes.

Massenerkrankung. Wegen Erkrankung von etwa 2000 Schülern mußte der Unterricht in sämmtlichen Bürgerschulen zu Linden bei Hannover auf polizeiliche Anordnung bis auf Weiteres ausgesetzt werden. Die Krankheit, um die es sich handelt, ist der sogenannte Augenlid-Bindehautkatarrh, in einigen Fällen auch Follikulärkatarrh. Die Krankheit stellt sich zwar meist als nur leichter Natur heraus, doch ist sie in hohem Grade ansteckend und bedingt deshalb zu ihrer Bekämpfung besondere und durchgreifende Maßnahmen. Das schnelle und plötzliche Umsichgreifen der Krankheit ist zum großen Theil darauf zurückzuführen, daß seitens der Angehörigen die zur Bekämpfung derselben nothwendigen Maßnahmen entweder gar nicht oder nicht rechtzeitig zur Anwendung gebracht worden sind.

Ein seltsamer Unfall hat sich Nachts bei einem Dorfe in der Nähe von Nürnberg ereignet. Der Fuhrknecht eines mit Holz beladenen Wagens war zum Schutze gegen die Kälte in ein auf dem Wagen befindliches Faß gekrochen und darin eingeschlafen. Die führerlosen Pferde brachten den Wagen zum Umstürzen und das Faß rollte, mit dem Manne darin, pfeilschnell einen hohen Berg hinab. Andern Morgens fand man den Knecht auf; er war aber so zerschlagen und betäubt, daß er ins Krankenhaus gebracht werden mußte.

Gestrandet. In Folge starken Nebels gestrandet ist bei Nimmersatt der Memeler Dampfer „Agathe", welcher mit einer Salzladung von England nach Memel bestimmt war. Die Lage des Schiffes ist gefährlich. Die Mannschaft hat das Schiff verlassen.

Heftige Stürme herrschen seit drei Tagen in der Gegend von Sulina und verhindern das Einlaufen der Schiffe in den dortigen Hafen. Mehrere Schiffe erlitten Havarie.

Ein Opfer seiner Waghalsigkeit. Am Sonntag Vormittag machten zwei Gesellen von Thale sich auf den Weg, um die Berge zu besteigen. Beide erreichten den Hexentanzplatz und wollten sich von dort nach einigem Verweilen über die Prinzensicht in das Bodethal hinabbegeben. Der Aeltere, Johann Lavrentz aus Schwappeln im Kreise Memel, etwa 28 Jahre alt, zeigte beim Abstieg große Waghalsigkeit, so daß sich der Jüngere wiederholt veranlaßt sah, ihn vor der Gefahr zu warnen. Lavrentz beachtete auch nicht, daß der jüngere an einer besonders gefährlichen Stelle erklärte, dorthin nicht folgen zu wollen. An dieser Stelle muß Lavrentz plötzlich den Boden verloren haben und in die Tiefe gestürzt sein. Sein Gefährte sah ihn plötzlich verschwinden und vermochte trotz allen Suchens und Rufens keine Spur mehr von ihm wahrzunehmen. Bisher waren die Nachforschungen nach dem Verunglückten ohne Erfolg.

Die Pest. Der Gesundheitszustand in der Stadt Bombay hat sich wieder verschlechtert. Die Sterblichkeit betrug in der letzten Woche 1111 gegen 894 in der vorhergehenden. Davon kommen auf die Pest 220 Todesfälle gegen 154 in der vorhergehenden Woche.

Lokales und Provinzielles.

Breslau, den 12. Januar 1899.

„Ein offener Brief an unsere Stadtverordneten" der auch unserer Redaktion zuging, beschäftigt sich mit der heute anstehenden Berathung des Magistratsantrags betr. Forterhebung der Schlachtsteuer. Die Flugschrift kritisirt in scharfer Weise die „Liberalität" einer Stadtverwaltung, die den tollsten „Fleischwucher" treibt, nennt es „eine dreiste Heuchelei", in der Staatspolitik Grundsätze zu vertreten, denen man im eigenen Hause „in schnödester Weise Hohn spricht", bezeichnet es als ein „Brandmal" für Breslau, daß diese liberal regierte Stadt immer noch die Lebensmittel als Steuerquelle heranziehe und stellt „unter allen Umständen" die Parole „fort mit der Schlachtsteuer" auf. Als „Ersatz-Vorschläge" werden dann folgende neue Besteuerungsprojekte zur Auswahl genannt:

Umsatzsteuer des Großhandels von einer halben Million aufwärts; Zuschlag zur Börsensteuer; progressive Umsatzbesteuerung der Großbanken; Umsatzsteuer der Großbrauereien; Umsatzbesteuerung der Großbazare; volle Besteuerung des Konsum-Vereins; Tingeltangel- und Equipagensteuer.

Zur „Brandmarkung der Fleischwucherei" wird dann namentliche Abstimmung in der Stadtverordneten-Versammlung gefordert. Die Flugschrift ist unterzeichnet: „Viele wahrhaft liberal-gesinnte Bürger Breslau's."

Uns will die Liberalität des oder der Urheber des Flugblattes recht zweifelhaft erscheinen, wenn wir uns die „Ersatzvorschläge" betrachten. Laufen diese doch, soweit sie nach den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen für die Gemeinden nicht überhaupt unbrauchbar sind, nur auf eine neue schwere Belastung der Arbeiter hinaus. Man schafft eine allerdings schwer drückende indirekte Steuer, die auf Fleisch, ab und schlägt dafür eine Reihe anderer. Besteuerung der Bazare, der großen Brauereien, des Konsumvereins ꝛc. vor, die alle in der gleichen Richtung, der Vertheuerung wichtiger Lebensbedürfnisse, wirken. Die Sache schmeckt stark nach konservativ-antisemitischer „Rettung der Kleingewerbtreibenden".

* **Behörden und Arbeitervereine.** Seit Jahren führt die Liegnitzer Arbeiterschaft einen erbitterten Kampf gegen die Saalinhaber um Ueberlassung eines Saales zur Abhaltung von Versammlungen. Daß aber selbst die glänzendsten Anerbietungen unberücksichtigt blieben, dafür lieferten uns die Wahlen des verflossenen Jahres den unwiderleglichen Beweis. Die persönliche Anschauung der Herren Saalinhaber konnte hierbei nicht maßgebend sein, das war von vornherein klar. Ist doch das einzige Lokal, welches in Liegnitz unserer Partei und Arbeitervereinen zur Verfügung steht, der „Gasthof zu den drei Bergen", fortwährend unter Polizeistunde gestellt worden. Selbst die Vereine haben erst auf gerichtlichem Wege feststellen lassen müssen, daß auf sie die Polizeistunde nicht Anwendung haben könne. War durch den Lokalmangel die organisirte Arbeiterschaft verhindert, eine regere Thätigkeit der Oeffentlichkeit gegenüber zu entfalten, so blieb ihr wenigstens der gesellige Zusammenschluß ihrer Anhänger durch Abhaltung von Tanzkränzchen und Unterhaltungsabenden. Hierzu standen noch einige größere Lokale der Arbeiterschaft zur Verfügung. Aber auch die Abhaltung dieser harmlosen Vergnügen wird in Zukunft nicht mehr möglich sein. Die Zahlstelle des Deutschen Holzarbeiterverbandes hatte zum Februar einen Maskenball geplant. Der Saal hierzu war schon im vorigen Herbst festgelegt worden. Die Vorarbeiten zu dem Fest hatten bereits begonnen, da erhielt das Komitee einen eingeschriebenen Brief des betroffenen Saalinhabers, der besagte: Ich kann den Maskenball in meinem Saal nicht abhalten lassen, da ich

mit der Polizei nicht in Unannehmlichkeiten gerathen will. Also auch die Abhaltung des Vergnügens ist nun unmöglich geworden und alle Fernstehenden haben wieder einmal einen Einblick gewonnen, wie es mit der Bewegungsfreiheit der Arbeitervereine bestellt ist. Aber auch mit solchen Mitteln wird man nur das Gegentheil des Gewünschten erzielen. Die Arbeiter werden um so deutlicher erkennen, wohin sie gehören und ihren eigenen Vereinen und Gewerkschaften beitreten.

* **Einige oberschlesische Magnaten** besitzen bekanntlich noch das Recht der Bergregalität, d. h. sie lassen sich von Unternehmern, die in ihrem Regalbezirk Bergbau treiben, Abgaben zahlen. Der bedeutendste Regalherr Oberschlesiens ist der Herr v. Tiele-Winckler, sein Regalgebiet ist die „Herrschaft" Myslowitz-Kattowitz. Seit einiger Zeit, insbesondere seitdem der Staat als Regalherr die ihm gebührenden Regalabgaben den Bergbauunternehmern geschenkt hat, wollen diese auch den Privatregalherren nicht mehr Steuern zahlen. Besonders wichtig ist in dieser Beziehung der Prozeß der Aktiengesellschaft v. Giesche's Erben gegen v. Tiele-Winckler. Giesche's Erben bezahlen allein für die bekannte Kleophasgrube jährlich etwa eine halbe Million Mark Regalabgaben. Dieser Prozeß ist vorläufig vom Beuthener Landgericht zu Ungunsten der Kläger entschieden worden. Sie müssen also weiter zahlen. Es ist indeß mit Bestimmtheit zu erwarten, daß mit dieser Entscheidung die Sache noch nicht erledigt ist.

* **Die Verwaltung der Präsidentenstelle bei der Eisenbahndirektion** Breslau ist nach offiziöser Meldung dem Eisenbahndirektionspräsidenten Todt in Essen vom 1. März d. J. ab kommissarisch übertragen worden.

* **Die Delegirten des Gewerkschafts-Kartells** werden nochmals daran erinnert, daß Freitag Abend in Edlichs Lokal eine Mitgliederversammlung stattfindet, in der alle Delegirten zu erscheinen haben.

* **Der Mordprozeß Wolf-Pohl** endete am Mittwoch mit der Verurtheilung der Dienstmagd Wolf zum Tode, der Lohngärtner Pohl dagegen wurde freigesprochen. Die gestrige Verhandlung gestaltete sich, wie die „Bresl. Ztg." schreibt, für den Angeklagten Pohl sehr günstig. Ins Gewicht fiel von Anfang an, daß das der Pudich geraubte Geld, das in der Hauptsache aus zwei Hundertmarkscheinen bestand, trotz der sorgfältigsten Nachsuchungen nicht hatte gefunden werden können. Ferner war Anfangs der Umstand verdachterregend gewesen, daß die Wolf von Pohl als Sündenlohn, bezw. Beuteantheil eine Krone, eine Doppelkrone und zehn Mark in Silber — welch letztere Münzsorte er aus einem näher beschriebenen Portemonnaie genommen habe — erhalten haben wollte, und daß dieses Portemonnaie, welches nach Pohls Angabe schon seit längerer Zeit verloren gegangen war, am Tage des Mordes bei ihm gesehen worden sein sollte. Dieses Verdachtsmoment wurde jedoch abgeschwächt, da der Zeuge, der das Portemonnaie angeblich gesehen, auf Befragen des Vertheidigers erklärt, er könne sich auch geirrt haben. Der von Pohl angetretene Alibibeweis, durch den er darthun wollte, daß er am Abend vor dem Morde gar nicht an der von der Wolf bezeichneten Stelle gewesen sei, also auch mit ihr den Mordplan nicht besprochen haben könne, erschien am Ende zum Mindesten nicht mißlungen, und ebenso konnte nicht ganz unzweifelhaft festgestellt werden, daß Pohl zur Zeit des Mordes am Thatort oder auch nur in der Nähe desselben gewesen. Unter diesen Umständen konnten sich die Geschworenen von der Thäterschaft Pohls nicht überzeugen und verneinten deshalb die ihn betreffenden Schuldfragen, wodurch seine Freisprechung geboten war. Die Wolf dagegen wurde des Raubmordes in Gemeinschaft mit einem nicht ermittelten Helfer für schuldig erklärt und zum Tode, sowie zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurtheilt. Die Verhandlung schloß um 7 Uhr Abends.

* **Wegen Majestätsbeleidigung** wurden nach einer Mittheilung der „Schlei. Ztg." zwei Arbeiter verhaftet.

* **Gefahren der Arbeit.** In einer hiesigen Motormühle kroch ein Müller bei dem Oelen einer Maschine unter dieselbe. Hierbei muß er dem Räderwerk zu nahe gekommen und an den Armen erfaßt worden sein, so daß er auf die andere Seite der Welle geschleudert wurde. Am rechten Arme wurde das Fleisch vollständig von den Knochen gerissen und zerrissen, auch der linke Arm wurde schwer verletzt. Der Mann fand im Wenzel-Hancke'schen Krankenhause Aufnahme.

* **Tödtlicher Sturz.** Ein in dem Hause Grünstraße 11a wohnender Arbeiter hatte am 5. d. Mts. an einer Hochzeitsfeier im vierten Stock desselben Hauses theilgenommen und war von dort gegen 1½ Uhr Abends nach seiner Behausung (Kellerwohnung) zurückgekehrt, wo er seiner Frau erzählte, daß er auf der Treppe zu Fall gekommen und die Treppe hinabgestürzt sei. Wahrscheinlich hat der Mann bei diesem Sturz schwere innere Verletzungen erlitten denn schon am nächsten Tage verschied er.

* **Selbstmordversuch.** Am 10. d. Mts. Vormittags trank in der Nähe der Oswitzer Kirchhöfe eine Wirthschafterin von der Kaiser Wilhelmstraße in selbstmörderischer Absicht Schwefelsäure und zog sich schwere innere Verbrennungen zu.

* **Ein Fahrraddieb**, der 18jährige Arbeiter Josef Kolodziejczyk ist am 10. Januar verhaftet worden.

* **Aus dem Polizeibericht.** In das Polizeigefängniß wurden am 10. Januar 56 Personen eingeliefert. — Gefunden wurden: ein Medaillon, ein Bibermuff, ein Gebetbuch, ein Fächer, Papier, ein Herrenhut, ein Kopf- und ein Halstuch, Geld, ein Schirm, eine Anzahl Geldschrankschlüssel und sechs Portemonnaies. — Abhanden kamen: ein Ring mit Stein und Perlen, eine viereckige Goldmünze, ein Pincenez, ein Siegelring, gez. M. S., ein Muff, eine Tasche mit Briefmarken, ein Portemonnaie mit 8 Mark und eine Hypothek über 10,000 Mk.

---

* **Sozialdemokratischer Verein.** Zu der am Sonntag, den 29. Januar stattfindenden General-Versammlung des Vereins müssen Anträge auf Statutänderung, unterschrieben von mindestens 15 Mitgliedern, schon jetzt eingereicht und den Mitgliedern bekannt gegeben werden. Bisher ist ein Antrag eingegangen, der den § 8 des Statuts wie folgt, ändern will:

Die Beiträge der Mitglieder werden durch Bezirksführer eingeholt. Dieselben betreiben zu gleicher Zeit die Agitation zur Gewinnung neuer Mitglieder. Es steht den Bezirksführern eine Entschädigung für ihre Thätigkeit zu. Die Höhe derselben bestimmt die Generalversammlung.

Holzarbeiter-Verband (Zahlstelle Breslau). In der am Dienstag den 10. d. M. abgehaltenen Mitglieder-Versammlung des Holzarbeiter-Verbandes berichtete Kollege Langner im Auftrage der Lohnkommission über den gegenwärtigen Stand der Streiks in der Stockfabrik von Grünthal und Tischlerei von Just. Was ersteren anbelangt, so herrschen in der Stockbranche eigenthümliche Verhältnisse, da die Arbeiter verschiedenes Arbeitsmaterial aus ihrer Tasche bezahlen müssen. Unter Anderem stellte Herr Grünthal an seine Arbeiter das Ansinnen, die sogenannten Schleifscheiben selbst zu bezahlen. Die Arbeiter, sieben an der Zahl, weigerten sich, da dieses einer Lohnreduzirung gleichkomme und legten die Arbeit nieder. Der Streik ist von der Lohnkommission als berechtigt anerkannt worden und wurde von dieser versucht, mit Herrn Grünthal in Verhandlung zu treten. Derselbe erklärte sich zu Verhandlungen bereit und einigten sich am Dienstag die Parteien dahin, daß Herr G. die Schleifscheiben seinen Arbeitern kostenlos liefert; somit wäre der strittige Punkt aus der Welt geschafft. Redner empfiehlt diesen Streik für beendet zu erklären. Was den Streik bei Just anbelangt, so liegt die Sache etwas anders. Im Jahre 1897 hatte sich Herr Just anläßlich der Lohnbewegung der Tischler der erlenen Möbelbranche bereit erklärt, eine 15prozentige Lohnaufbesserung, sowie eine Verkürzung der Arbeitszeit zu gewähren. Diese Zusage hat Herr Just bis jetzt auch innegehalten. Vorige Woche erklärte er jedoch plötzlich, die 15 Prozent Lohnzuschlag nicht mehr bezahlen zu wollen. Auch mit der Arbeitszeit müsse eine Aenderung geschaffen werden. Die dort beschäftigten 11 Tischlergesellen legten die Arbeit nieder und wurde auch diese Arbeitseinstellung von der Lohnkommission als berechtigt anerkannt. Auf ein von dieser an J. gerichtetes Schreiben antwortete derselbe, daß er vor Allem eine neue Arbeitsordnung in seinem Betriebe einführen wolle, welche hauptsächlich die Arbeitszeit regelt. Redner beantragt, diesen Streik weiter zu führen, da mit Herrn Just noch weiter verhandelt werden soll. In der Diskussion wurde namentlich betont, daß Herr Just wohl eine Regelung (besser gesagt Verlängerung) der Arbeitszeit einführen wolle, aber er selbst nehme es nicht so genau; z. B. mußten seine Arbeiter manchmal auf Arbeitsmaterial warten, auch ist es bei Lohnzahlungen vorgekommen, daß sie bis 9 Uhr auf ihr Geld warten mußten. Der Antrag der Lohnkommission wird hierauf angenommen und treten hiernach die Stockmacher am Mittwoch wieder bei Grünthal die Arbeit an, dagegen wird der Streik bei Just weitergeführt. Unter „Verschiedenes" wurde von mehreren Kollegen darüber Klage geführt, daß auch in anderen Betrieben die Arbeitsverhältnisse immer schlechter werden, namentlich bei der Firma Zwirner und in der Möbelfabrik von Hausmalz. In letzterer herrsche offenbar das Bestreben vor, die älteren Leute zu entlassen. Auch sei es vorgekommen, daß ein Arbeiter mit einem Wochenverdienst von 4,25 Mark nach Hause gegangen ist. Nach einem Schlußwort des Kollegen Langner, in welchem er die Kollegen aufforderte, für die Organisation lebhaft zu agitiren, denn nur dieser sei es zu verdanken, daß der Streik bei Grünthal für die Arbeiter günstig beendet ist, schloß der Vorsitzende Kollege Herbner die gut besuchte Versammlung.

Winzig, 10. Januar. Gestern Abend um 6 Uhr 10 Minuten überfuhr, nach der „Schles. Ztg.", auf der Bahnlinie Liegnitz-Rawitsch der Zug 8, welcher in der Richtung nach Liegnitz fährt, kurz hinter der Station Kreidlau, wo die Bahn ohne Barriere die Chaussee nach Steinau (Oder) überschreitet, einen mit Langholz beladenen Wagen des Bäckers Reichke aus Steinau. Das Gefährt fuhr wahrscheinlich ohne Laterne, und der Kutscher, welcher das Läuten der Lokomotive nicht gehört haben mag, ist getödtet worden. Der Tod des Verunglückten trat auf der Stelle ein, da der Kopf desselben zermalmt worden war.

Aus Oberschlesien. Der heutige Fettviehmarkt in Beuthen ist wiederum wegen Mangels an Auftrieb ausgefallen. Seit 2 Monaten ist kein Vieh aufgetrieben worden. — Aus Königshütte schreibt das „O. Tagebl.": Wie berichtet, läßt die Verwaltung der „Königs-Laurahütte" Vieh in großen Posten kommen, um ihre Arbeiter mit billigerem Fleische versehen zu können. Der Zudrang zu der Fleischverkaufsstelle ist ein so großer, daß Tag und Nacht angestrengt gearbeitet werden muß, um nur einigermaßen der Nachfrage nach Fleisch und Wurst genügen zu können. In den letzten 3 Tagen sind allein 25 Schweine geschlachtet worden. Der Preis des Fleisches stellt sich auf 55 Pf. Jedenfalls wird eine zweite Verkaufsstelle errichtet werden müssen.

Beuthen OS., 10. Januar. Grubenunfall. Beim Sprengen einer Mine auf Carsten-Centrum-Grube wurde, nach der hiesigen Zeitung, heute Nacht ein 25 Jahre alter Bergmann aus Trockenberg von einem mehrere Zentner schweren Felsstück zu Boden geworfen und ihm der Kopf vollständig zermalmt, so daß der Tod sofort eintrat.

Zabrze, 10. Januar. Ein geheimnißvoller Vorgang. In der gestrigen Nacht ertönten in Zaborze-Dorf Hilferufe aus einem Brunnen. Man entdeckte in demselben eine Frau, welche sofort herausgezogen wurde. Dieselbe gab, dem „Oberschl. Tagebl." zufolge, nur noch schwache Lebenszeichen von sich und verschied nach kurzer Zeit. Die Frau hatte um die Hüften einen Strick, um den Hals hatte sie einen Sack gebunden, in welchem sich mehrere Ziegelsteine befanden. In dem Brunnen wurde auch ein Stock ihres Mannes gefunden. Ob Selbstmord oder ein Verbrechen vorliegt, konnte noch nicht festgestellt werden.

Neueste Nachrichten.

Wie die „Nat.-Ztg." von unterrichteter Seite erfährt, sind alle Nachrichten von einem Ankauf der Karolineninseln durch Deutschland verfrüht. — Also nur verfrüht, nicht unwahr?

Wie verlautet, ist Baron Banffy entschlossen, falls die Opposition ihre unannehmbaren Forderungen nicht wesentlich reduziren sollte, das ungarische Abgeordnetenhaus aufzulösen.

Im französischen Kassationshofe sind alle Mitglieder bis auf zwei der Ansicht, daß die bisherige Ergebnisse der Untersuchung die Revision vollkommen rechtfertigen. Der Schlußbericht wird voraussichtlich nur die auf das Bordereau und die angeblichen Geständnisse Dreyfus' bezughabenden Resultate enthalten.

Der frühere Minister Barthou gedenkt in seiner heutigen Interpellation die Regierung zu befragen, wie sie den Beschlüssen des Kassationshofes Respekt sichern wolle. Die Nationalisten werden die Ueberweisung des Revisionsverfahrens an den gesammten Kassationshof beantragen, was die Regierung bekämpft.

Standesamtliche Nachrichten.

Vom 11. Januar.

Heiraths-Ankündigungen. I. Mechanischer Schuhmacher Oskar Baumann, Oderstr. 13, und Martha Berner, ebenda. — Hausdiener Ferdinand Stenzel, Sadowastr. 68, und Maria Maber, Mäntlergasse 17. — II. Fabrikarbeiter Franz Kursawe Ohlauer-Chaussee Nr. 122, und Anna Ludwig, ebenda. — Lieutenant a. D. Wolfgang Huguenel, Bahnhofstr. 26, und Elfriede Anderson, Bahnhofstraße 26. III. Conditor Ludwig Wagner, Vincenzstr. 41, und Gertrud Hampel, ebenda. — IV. Arbeiter Reinhold Beyler, Höfchenstraße 63, und Pauline Gräupner, geb. Seidel, Sadowastr. 84.

Eheschließungen. I. Schlosser August Kepper, Carlsplatz Nr. 5, mit Pauline Galle, Grenzhausgasse 1. — Arbeiter Franz Keil, Altbüßerstr. 26, mit Helene Fröhlich, Sandstr. 5. Schuhmacher Josef Riesel, Berliner-Chaussee 70, mit Bertha Hampel, Posenerstr. 34. — Arbeiter Reinhold Bethke, Palmstraße 9, mit Caroline Zepunkte Karuthstr. 15. — Fleischermeister Max Pietsch, Universitätsplatz 3 mit Elise Karo, Oderstr. 4. — Schneider Carl Ziske, Kurzegasse 25, mit Agnes Schönfelder, geb. Braun, Friedrich-Wilhelmstr. 69. — II. Schuhmacher Paul Zappe, Neue Weltgasse Nr. 42, mit Marie Gornig, Neue Graupenstr. 13.

Geburten II. Hausshälter Johann Scholz, S. — Droschkenkutscher Heinrich Ulbrich, S. — Schutzmann Reinhold Hoy, T. — Locomotivheizer Hermann Englich, T. Schmied Franz Wardenga, S. — Tischler Carl Heisig, S. — Tischler Franz Folger, T. — Tischler Wilhelm Fiedler, T. — III. Apotheker und Hausbesitzer Arend Pfützner, S. — Architekt Josef Himmel, S. — Schuhmachermeister Friedrich Schwabe, T. — Sandschiffer Georg Brockel, T. — Schuhmacher Robert Steiner, S. — Schlosser Ernst Runschke, S. — Kaufmann Gustav Teepler, T. — Bauarbeiter Paul Scheibel, T. — Töpfer Max Knorr, T. — Hutmacher Rudolf Zachar, T. — Lackirer Julius Helbing, S. — Dachdecker Heinrich Apelt, S.

Todesfälle. II. Anna, T. des Arbeiters Alois Scholz, 8 Wochen. — Heizer Carl Schönfelder, 52 J. — Bäcker Oscar Kretschmer, 23 J. — Clara, Tochter des Arbeiters Carl Materne, 3 J. — Arbeiter August Menzel, 41 J. — III. Heinrich, S. des Formers Julius Leuchner, 5 Monate. — Bohrersfrau Caroline Mildner, geb. Ende, 65 J. — Friedrich, S. des Arbeiters Hermann Schmidt, 2 J. — Verw. Gerichtssekretär Henriette von Boskamp, geb. Polle, 86 J. — Fritz, Sohn des Schriftsetzers Paul Hasler, 3 Tage. — Schuhmachersfrau Athanasia Munder, geb. Koch, 65 J. — Arbeiterin Pauline Kilian, 47 Jahre. — IV. Tischler Wilhelm Wehse, 62 J. — Schuhmacherswittwe Emilie Bruck, 78 J.

Briefkasten der Redaktion.

H. B. Die Schwenninger'schen Expektorationen gegen den „Rezeptschwindel", den „Hamburger Nachrichten" vor Jahren entnommen, eignen sich zum Abdruck für uns nicht.

M. P. Die gesetzlichen Bestimmungen über Alimentationspflicht sind im Rheinland allerdings andere wie in Schlesien.

Stadt-Theater.
Donnerstag: „Hexenkrat".
Freitag: „Die Geisha".

Lobe-Theater.
Donnerstag: „Hoigmark".
Freitag: „Das Erbe".

Deutsches Theater.
Donnerstag: „Wildfeuer".
Freitag: „Reif-Reiflingen".

Volks-Vorstellungen im Thalia-Theater.
Freitag: Gruppe H. 5. Vorstellung:
Sonnabend: Gruppe J. 5. Vorstellung: „Cyprienne".

Gewerkschaftscartell für Breslau und Umgegend.
Freitag, den 13. Januar, Abends 8 Uhr: in Edlich's Local, Neumarkt 8
4441
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung: 1. Der Streik der Krefelder Weber. 2. Die Werkstubenverhältnisse der Strohmacher und Tischler in Breslau. 3. Verschiedenes.
Um pünktliches Erscheinen aller Delegirten ersucht Der Vorstand.

Elegante **Trauer-Hüte** große Auswahl 4443 zu billigsten Preisen
D. Marcus Ohlauerstraße 52, pt. u. I. Etg.

Die Socialdemokratie und das allgemeine Stimmrecht von August Bebel. Preis 20 Pfg.

August Breuer Schuhmacher-Meister
Breslau, Nicolaistrasse 18/19
empfiehlt sein großes Lager sämmtlicher Leder-, Filz- und Gummischuhwaaren zu allerbilligsten Preisen, in nur guter Ausführung und eleganter Paßform.
Specialität: Moderne Anfertigung nach Maaß, sowie jede Reparatur-Annahme.
Verarbeitet wird nur bestes Kernleder 4200 in eigener Werkstatt.

Bil[illegible] gut erhalten u. umgerahmt billig zu verkaufen Katharinenstr. 1, Hochpart.

Billigste Rohtabake!
Sumatras, 25 Sorten, per Pfd. 140 bis 450 Pfg. 4394
Carmen 115 bis 130 Pfg.
Java Umbl. 105 bis 130 Pfg.
Domingo, grob 115 Pfg.
Ukraker, alt. 55, 70, 75 Pfg.
Pfälzer 55, 58, 70, 75, 80, 85 Pfg.
amerik. Grumm, Seeder, à 30, 50, 60, 80 Pfg.
gegen baar mit Discount.
Albert Kramolowsky, Ring 66, [illegible] [illegible]

Partei-Versammlung
Sonntag, den 15. Januar, Nachmittags 3 Uhr
in Kostrowsky's Lokal, Lobestraße 75.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Löbe über: „Die neueren Ereignisse in der deutschen Politik".
2. Diskussion.
3. Erledigung interner Angelegenheiten.
4444
Zu dieser Versammlung ladet dringend ein Die Vertrauensleute.

4445
Wir empfehlen aus heute eingetroffener Sendung:
Schellfisch in allen Größen, Pfd. 20—30 Pf.
Hochfeine Carbutts werden gekocht wie Steinbutten, schmecken fast ebenso, Pfd. 40—60 Pfg.
Prachtvolle Seezungen in allen Größen.
Seelachs, Seehecht, Cabliau, Schollen, Knurrhahn, Steinbutt, Austernfisch, Heilbutt in lebendfrischer Waare.
Freitag und Sonnabend von 4 Uhr ab, frisch gebratene Fische.
D. D.-F.-G. „Nordsee"
Schmiedebrücke 48, Klosterstraße 10. Scheitnigerstraße 37.
Niederlage: Fischer, Neue Tauentzienstr. 27a.